

1. Bürgermeisterkonferenz des Landes Brandenburg am 24. April 1999

Originalrede des damaligen CDU-Spitzenkandidaten und heutigen Innenministers Jörg Schönbohm - 5 Monate vor der Landtagswahl

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sprechen in der Tat heute morgen über ein außerordentlich wichtiges Thema von dessen Beantwortung es abhängt, wie es in Brandenburg auf Dauer weitergeht. Darum bedanke ich mich auch, daß Sie heute so zahlreich hergekommen sind. Und ich kann mir vorstellen, daß einige von Ihren Angehörigen gesagt haben: "Mensch muß Du denn bei dem Wetter da wirklich hinfahren!" Daß Sie trotzdem hergekommen sind, zeigt, daß wir uns ein wichtiges Thema vorgenommen haben. Dieses Thema ist in Brandenburg von Preußen erfunden worden. **Als es Preußen am schlechtesten ging, ist hier im Rahmen der Stein-Hardenbergischen Reformen die kommunale Selbstverwaltung eingeführt worden. Und man hat damals darauf vertraut, daß in der Dezentralisierung und in der Verantwortung vor Ort die besten Lösungen liegen. Und ich glaube, wir sollten uns auch immer wieder daran erinnern, daß Goethe den berühmten Spruch gesagt hat: "Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen."** Wir haben eine Menge Erfahrungen ererbt und wir müssen jetzt mit der Frage umgehen: Wie kann man es besser machen? Nun hat die ganze Diskussion um diese Frage eine gewisse Vorbelastung bekommen. Nachdem die Funktionalreform beschlossen wurde 1994, hat man bei der SPD 1996 beschlossen, daß man einen anderen Weg gehen will. Und Herr Ziel hat damals Vorschläge gemacht. Und seit dieser Zeit ist die Diskussion ja angekurbelt worden. Die Diskussion ist dann mit dem Einsetzen der Enquetekommission zunächst einmal aufgeschoben worden, weil man auf diese Art und Weise glaubte, einen weiteren Sachverstand zu finden. Alle Erkenntnisse waren bekannt, es gibt nichts Neues. Da hat einer mal das gedichtet oder geschrieben: Wenn Du nicht mehr weiter weißt, bilde einen Arbeitskreis, ist alles so bekannt schon, dann ist es eine Kommission, habe ich Angst vor der Tete, nenn ich sie "Enquete". Wir haben uns damit auseinanderzusetzen, was wir eigentlich erreichen wollen. Und von daher gesehen, ist die ganze Diskussion auch dadurch belastet, daß der SPD-Parteitag, bevor die Enquetekommission mit der Arbeit angefangen hat, bereits in Cottbus die Einführung der amtsfreien Einheitsgemeinde ggf. der Amtsgemeinde beschlossen hat, wie sie jetzt noch favorisiert wird. Von daher gesehen wird die ganze Diskussion nicht einfach.

Und das muß ich auch mal sagen, weil wir den Eindruck haben, daß die sogenannte ergebnisoffene Enquetekommission schon Vorfestlegungen bekommen hatte. Und darum gucken wir uns doch mal den Abschlußbericht der Enquetekommission an, der Ihnen vorliegt. Die Enquetekommission wurde beauftragt, auf Grundlage einer Analyse der gegenwärtigen Bedingungen der kommunalen Selbstverwaltung in den Ämtern und amtsangehörigen Gemeinden Empfehlungen für leistungsfähige Gemeindestrukturen unter den besonderen Bedingungen Brandenburgs zu erarbeiten. **Hierbei sollte die Mitwirkung der Bürger gefördert und die örtliche Identität der Gemeinde berücksichtigt werden. Recht haben sie, diesen Auftrag unterschreibe ich 100%ig.** Wie sind aber die Antworten, die es auf diesen Auftrag gibt? Wenn Sie in dem Bericht der Enquetekommission noch einmal die Gelegenheit haben, ein bißchen nachzulesen - was ich wirklich empfehle - werden Sie die Bruchlinie erkennen. Zunächst einmal eine Beschreibung des Reformbedarfs auf Seite 14. Ich möchte es mal auszugsweise vorlesen, damit wir wissen, wovon wir sprechen: Dort heißt es: "Die Enquetekommission schätzt ein, daß wesentliche Ziele der Amtsordnung erreicht wurden." Insbesondere kam es zu einer Konzentration der Verwaltung, die wiederum mit einer merklichen Reduzierung von Stellen einhergeht (28,1% in drei Jahren). Eine gewaltige Leistung und allen, die da mitgewirkt haben, kann ich nur sagen, herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch. Dann heißt es weiter: "Auf diese Weise wurden überschaubare Verwaltungsstrukturen geschaffen, die letztlich dem Land mit seiner geringen Einwohnerdichte und sonstigen Prägungen entsprechen. Eine deutli-

che Mehrheit der von der Enquetekommission fragten Bürgermeister zeigte sich dementsprechend zufrieden mit der Umsetzung der Beschlüsse ihrer Gemeindevertretung durch das Amt." Steht alles hier. Und dann lautet es weiter: "Vor dem Hintergrund sich verschlechternder sozialer Rahmenbedingungen und der anhaltenden Finanznot in den öffentlichen Haushalten sind aber in den letzten Jahren Grenzen des gegenwärtigen Amtsmodells deutlich geworden." Teilweise entspringen die aufgetretenen Probleme der Spezifik des Transformationsprozesses der ostdeutschen Gesellschaft. Teilweise liegen sie aber auch im Amtsmodell selbst begründet: "Erstens kein Geld, zweitens Transformationsprozeß." Der Transformationsprozeß geht weiter, Geld bekommen wir auch nicht mehr. Richtig, jedes Modell hat irgendwo Fehler. **Aber warum gehen wir nicht den Weg, den Schleswig-Holstein gegangen ist? In Schleswig-Holstein hat man dieses Modell eingeführt, das wir übernommen haben.** Und dann hat sich eine Enquetekommission damit befaßt und hat die Empfehlung gegeben, das gefundene Modell weiterzuentwickeln. Ich glaube, daß dieses auch bei uns der richtige Weg wäre. Nun zur Seite 15 dieses Berichts dort steht unter Ziffer 3.1.: "Die Befragungen der Amtsdirektoren und Bürgermeister verdeutlichen z.B., daß künftig vor allem die Kinderbetreuung, die Trägerschaft von Schulen, die Straßenunterhaltung sowie die Förderung des privaten und genossenschaftlichen Bauens nicht bewegt werden können. Ursächlich dafür sind vorwiegend finanzielle Schwierigkeiten der Gemeinden." Das ist der Kernpunkt, um den es geht. Und dann heißt es weiter: "Beklagt wurde aber auch die Überregulierung und Bürokratie, die die Ehrenamtlichen letztlich überfordern." Dem kann ich auch ausdrücklich zustimmen. Damit setzen wir uns also auseinander. Von daher gesehen sind wir der Auffassung, daß die Empfehlung der Enquetekommission zu keiner Effizienzverbesserung führt. Das behaupten sie auch nicht, daß man damit zu einer Kostenersparnis kommt. Mir hat vor zwei Tagen ein Landrat, mit dem ich darüber sprach, gesagt, um Gottes willen, sorgen Sie doch dafür, daß der Bericht der Enquetekommission durchgesetzt wird. Dann brauchen wir vom Landratsamt nicht mehr soundsoviel Haushalte prüfen und dann müssen wir nicht in soundsoviel Amtsgemeinden gehen. Wenn das das Motiv ist, dann möchte ich an eine Erfahrung erinnern, die wir in Westdeutschland gemacht haben. Es gab in Hessen eine Gemeindereform und dort hat man im Rahmen der Gemeindeoptimierung, um Geld zu sparen, zwei Städte zu einer zusammengeschlossen. Die alte Reichsstadt Wetzlar und die alte Stadt Gießen. Die bekam den Namen Lahnstadt. Die Bevölkerung war dagegen. Sie sagte, das geht gar nicht. Uns kann man nicht verheiraten. Sie haben das beschlossen, aber nach kurzer Zeit rückgängig gemacht, weil das nicht funktionierte. **Ich sage, alles was wir machen, können wir nur machen, wenn wir die ehrenamtlichen Bürgermeister, die gewählten Abgeordneten, die Mitglieder in der Gemeindevertretung und die Amtsdirektoren davon überzeugen, daß dieses der Weg ist, der zum Wohle Brandenburgs besser ist als das was wir jetzt haben.** Darum geht es im Kern und darum müssen wir diskutieren und von mir aus auch streitig, das ist nicht der Punkt, aber wir müssen die Argumente wichten und sagen, was wir von den Menschen als weiteren Umgehungsprozeß verlangen, was bringt es für das Land Brandenburg und was bedeutet es? **Von daher gesehen kamen wir von der Union - ich darf unsere Position kurz wiederholen - zu der Auffassung, die gewachsene Gemeinde in ihrem historischen Bestand zu erhalten und den Gemeinden die größtmögliche Kompetenz zu gewährleisten.** Wir sind der Auffassung, daß dieses in dem jetzigen Modell, was wir haben, sichergestellt werden kann und daß in bestimmten Bereichen eine Weiterentwicklung notwendig ist. Dieses ist auch der Grund, warum die CDU-Fraktion beschlossen hat, die Lebensfähigkeit der Gemeinden zu stärken und das Gemeindefinanzierungsgesetz zu ändern Sie kennen das Thema, das wird uns auch in Zukunft verfolgen. Wir können nicht mehr Geld drucken. Es geht um die Frage, wofür wir das Geld ausgeben. Das ist der Punkt. Und dazu sind Vorschläge in der Fraktion gemacht worden und im Landtag abgelehnt worden. **Wir glauben weiterhin, daß die Bevölkerung jetzt genug Reformen hat.** Wir müssen also das was wir haben weiterentwickeln. Der Vorschlag von Rheinland-Pfalz, es wurde ja auf Helmut Kohl Bezug genommen, ist richtig. Er hat das vor 20 Jahren, als er Ministerpräsident war, gemacht. Wir haben auch andere Modelle. Sie haben zurecht darauf hingewiesen. Und jetzt geht es darum, ob wir etwas anderes machen. Das Beste ist des Guten Feind, nicht das Gute oder möglicherweise

das Gute ist des Guten Feind. Es muß etwas Besseres sein. Nur dann kann ich damit etwas anfangen. Wir sind in keiner Weise überzeugt, daß das Modell besser ist. Die Ämter werden nicht qualifiziert geändert, sondern es wird ein komplett neues Amtsgemeindemodell geschaffen. Einzelheiten, nehme ich an, werden noch diskutiert werden, die finanzielle Ausstattung wird nicht verbessert. Darum möchte ich noch einmal daran erinnern, worum es uns geht. Wir wollen auch die Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten erweitern. Wir wollen Haushaltsplanentwürfe in allen Gemeinden und für das Amt soll auch mit dem Bürger diskutiert werden können. Wir wollen eine klare Aufgabentrennung, die auch hier nicht erreicht ist. Nun lassen Sie mich aus der Schlußbetrachtung des Minderheitenvotums der CDU zitieren, weil da alles praktisch zusammengefaßt ist, was ich hier nur schlagwortartig angesprochen habe. Die Empfehlung der Enquetekommission dient der Landesregierung dazu, ihren Kompetenzbereich zu erhalten, die Kommunalebene auszubauen. **Wie im Abschlußbericht der Enquetekommission zutreffend festgestellt wird, leiden die Kommunen unter erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Diese könnten durch eine Veränderung der Kommunalstruktur nicht beseitigt werden. Statt die Ursachen der finanziellen Schwierigkeiten zu benennen und nach geeigneten Lösungsmöglichkeiten zu suchen, sprach sich die Enquetekommission wider besseren Wissens für eine Reform der Kommunalstrukturen aus. Aufgabe der Enquetekommission wäre es gewesen, eine Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung anzumahnen.** Statt auf höhere Zahlungen aus den Länderfinanzausgleich zu spekulieren, die ja nur sehr kurzfristiger Natur sind, denn niemand weiß, wie es in Zukunft damit weitergeht, sollten politische Anstrengungen unternommen werden, die Einnahmen des Landes dauerhaft zu verbessern, ich habe schon einige Beispiele genannt. Mit der Empfehlung verabschiedet sich die Enquetekommission von den Orientierungen aus Schleswig-Holstein. Während sich Brandenburg bei seiner Gesetzgebung und bei der Amtsordnung an Schleswig-Holstein orientierte, wird auf diese Empfehlung aus Rheinland-Pfalz verwiesen. Warum dieser Wechsel stattfindet, kann man aus dem Bericht im einzelnen nicht nachvollziehen. Es ist ganz merkwürdig. Das Amtsgemeindemodell wird positiv beschrieben und auf einmal kommt ein qualitativer Vorschlag, den ich inhaltlich in der kurzen Zeit nicht nachvollziehen kann. Aber wir sind diskussions- und lernfähig. **Diese Umorientierung ist dadurch zu erklären, daß das schleswig-holsteinische Landesparlament eine Enquetekommission zur Überprüfung der kommunalen Strukturen einsetzte und diese eine behutsame Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Amtsverfassung empfahl. Das ist das, was wir auch empfehlen. Die bisherige Orientierung an Schleswig-Holstein war sinnvoll wegen der vergleichbaren kommunalen Strukturen. Dementsprechend war und ist auch die Amtsordnung das am besten geeignete Instrument in einem dünn besiedelten Flächenland, kommunale Selbstverwaltung lebendig zu gestalten.** Und lassen Sie mich eine sehr persönliche Bemerkung einschieben. **Ich finde, es ist bedauerlich, schlimm, es tut weh, daß wir in vielen Gemeinden bei der letzten Kommunalwahl nicht genug ehrenamtliche Bürger zur Verfügung hatten, die gesagt haben, sie wollen diese Aufgabe übernehmen. Das kann doch nicht dazu führen, daß wir sagen, wir geben ihnen weniger Verantwortung, weil es nicht genug gibt, sondern überlegen, wie kriegen wir die Bürger dazu, sich einzubringen und daran zu beteiligen. Das muß doch unser Ansatz sein. Wenn wir sagen, wir wollen eine lebendige Demokratie sein, dann muß der Bürger sich in seiner Gemeinde wiederfinden und er muß sich dort einbringen können.** Dazu braucht man Bürgermeister und dazu brauchen wir Bürger, die sich zur Verfügung stellen. Wie stark das Bedürfnis der Bürger danach ist, zeigt sich, wenn bei einer bestimmten Gemeinde die Freiwillige Feuerwehr eine Liste aufstellt und die gewählt wird. Wenn ein guter Mann oder eine gute Frau von der SPD oder CDU da ist, wird die auch gewählt, weil die Bürger sozusagen Sehnsucht danach haben, in der Gemeinde sachgerecht vertreten zu werden, unabhängig von der Partei. Sie soll Persönlichkeiten haben. Und wir müssen uns dieser Aufgabe stellen und wir sollen uns dieser Aufgabe nicht entziehen. Darum bin ich dafür, daß wir dieses Modell nicht so machen können. **Ich setze auf dieses Minderheitenvotum, eine finanzielle Entlastung der Kommunen durch das Land werde die Probleme auf kommunaler Ebene entschärfen und gleichzeitig helfen, die historische und kulturelle Verbundenheit der Bürger mit**

ihren Gemeinden zu bewahren. Wenn der überfällige Abbau von Normen und Standards, die Gewährung von mehr Entscheidungsspielraum auf der Gemeindeebene sowie eine Stärkung des Ehrenamtes erfolgen würde, wäre ein Fundament gelegt, auf dem unsere Gemeinden wieder fest stehen können! Und das ist unsere Auffassung und darüber wollen wir diskutieren.

2. Redebeitrag Schönbohm

Herr Schönbohm:

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst unterstützen, was Frau Dettmann gesagt hat. Lesen Sie den Bericht mal in Ruhe und dann stellen Sie mal fest, was da drinsteht. Und dann bewerten Sie aus Ihren eigenen Erfahrungen und dann kommen Sie zu einem eigenen Urteil. Ich will vorweg sagen, ich habe mich mit der Sache erst in den letzten Tagen intensiv befaßt, mit einigen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bürgermeistern gesprochen und will vorweg sagen, Frau Dettmann, Sie haben recht. Der Oberbürgermeister von Cottbus, Herr Kleinschmidt, hat eine etwas andere Position vertreten. Das ist auch in Ordnung, das ist sein Recht als Oberbürgermeister von Cottbus. Er hat für die Union eine wichtige Funktion. Wir sprechen aber nicht über Cottbus, sondern über das Land Brandenburg in seiner ganzen Breite, in seiner ganzen Vielfältigkeit und seiner ganzen Ausdifferenzierung und da ist die Position, die ich hier vertreten habe und Herr Homeyer ebenfalls. Das ist die Position der Union und da wird sozusagen der grundlegende Unterschied deutlich, abseits aller Frage der Funktionalität - wieviel Ehrenamt möchte ich, wieviel möchte ich dezentral machen, was möchte ich zentralisieren. Das ist der grundlegende Unterschied. **Ich zitiere mal den Ministerpräsidenten, der immer vom Brandenburger Weg redet. "Ich möchte einen Weg für Brandenburg, der darauf aufbaut, dass wir das Ehrenamt behalten, daß wir die kommunale Selbstverwaltung da stärken, wo sie stattfindet."** Ich habe 42 Jahre im Öffentlichen Dienst in den verschiedensten Verwendungen - militärischer Bereich, als Staatssekretär, als Senator - gearbeitet. **Man glaubt immer, dem der Herr gibt ein Amt, dem gibt er Verstand. Das gilt meistens, aber es gilt nicht in der Verwaltung, dass man sagen kann, die höherwertige Verwaltung ist intelligenter als die die weiter unten ist. Das ist nicht richtig.** Und damit müssen wir uns auseinandersetzen. Darum will ich hier auch eine Sache sagen, wir werden um den richtigen Weg für Brandenburg ringen, Frau Dettmann, und Sie haben da gesagt, dass wir nicht alles eingebracht haben. Ich weiß nicht, wie die Arbeit in der Enquetekommission ist. Herr Homeyer hat ja vermittelt, dass man niedergestimmt wurde. OK - er ist nicht niedergestimmt worden, er ist vielleicht nicht angehört worden, wie auch immer. Ich will Ihnen mal folgendes sagen, da dies eine grundlegende Frage ist und Sie hatten ja, Frau Dettmann, auf ihrer Pressekonferenz gesagt, am 24.02. Sie hoffen, dass dies kein Wahlkampfthema wird. Wenn das eine Sache ist, die Sie so beschäftigt, wenn wir auch nur ganz wenige von der CDU sind, da zeigt das doch: Nicht die Politik bestimmt die Wahlkampfthemen, sondern die Bürger. Und wenn die Bürger sagen, hier ist ein Thema, das uns belastet, dann werden wir dieses Thema aufnehmen. Und wenn Sie Ihren Kommissionsbericht so machen, dann werden wir die Bürger fragen, was sie davon halten. Ist doch vollkommen klar, so funktioniert doch Demokratie. Und es geht auch nicht um die ... so nach dem Motto, da wollen wir doch mal sehen, was da rauskommt und danach werdet ihr schon sehen, was ihr davon habt. **Nein, nein, die Bürger wollen vor der Wahl wissen, was man möchte und dann wird diskutiert.** Dies ist ein Teil, es gibt auch noch andere Teile. Der heutige Tag - und das ist das letzte, was ich sagen möchte - mit Ihren sehr offenen Beiträgen und sehr an der Praxis orientierten Beiträgen hat mich noch mehr entschlossen gemacht, dagegen Front zu machen. **Ich habe verschiedene Unterhaltungen im Vorfeld geführt und man kann die Sache so oder so sehen und kann die Argumente so oder so wichten, aber eins wird immer wieder vergessen, nämlich was es heißt, ehrenamtlicher Bürgermeister zu sein, sich einzubringen. Wir haben in unserem Land zu wenig Ehrenamt und**

nicht zu viel. Wenn wir eine Wurzel abschneiden, dann verdörren wir noch mehr. Unser Land lebt von dem Engagement der Bürger gerade in den großen dezentralen Strukturen der ländlichen Ebenen. Gehen Sie doch mal durch die Bauerndörfer. Wenn ich überlege und die Bauerndörfer mit anderen Bauerndörfern, die ich kenne, vergleiche, da können Sie erkennen, wo es eine lebende Gemeinschaft gibt, die bestimmt wird von einigen wenigen und da können Sie erkennen, wo es andere Dörfer gibt, wo das nicht funktioniert. Das hängt alles damit zusammen. Das ist nicht nur eine Frage des Rechnens und finanzielle Mittel einsparen, da waren wir uns ja einig... 11,5 Mio das war noch strittig wie lange das geht. Also ich glaube, dieses Thema bleibt auf der Tagesordnung und wenn diese Veranstaltung, ich glaube das haben Sie auch gespürt, es ging um die Sache. Wenn dieser Enquetekommissionsbericht in nur ... mit dem was die SPD auf ihrem Parteitag beschlossen hat, **dann wird dies ein Thema, das wir zum 05.09. dem Bürger ebenfalls mit zur Abstimmung stellen. Das will ich Ihnen sagen.** Das hängt davon ab, wie es jetzt weitergeht. Ich bedanke mich, daß Sie gekommen sind und so offen mit uns diskutiert haben.